

Jugend und Parlament 2020

1. Thema:

Einführung einer Pfandpflicht beim Straßenverkauf von Heißgetränken (Pfandbecher), PB

Drucksache:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Pfandpflicht beim Straßenverkauf von Heißgetränken

Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung einer Richtlinie der Europäischen Union

Das Europäische Parlament und der Rat der EU haben eine Richtlinie verabschiedet, die die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, das Aufkommen an Plastikmüll zu verringern. Um diese in bundesdeutsches Recht umzusetzen, schlägt die Bundesregierung vor, eine Pfandpflicht für Einwegbecher für Heißgetränke einzuführen.

Beteiligte Ausschüsse:

Umweltausschuss, Wirtschaftsausschuss, Ausschuss für Verbraucherschutz

2. Thema:

Definition einer deutschen Verhandlungsposition für EU-Beitrittsverhandlungen mit einem fiktiven Staat auf dem Westbalkan (Nordpelagonien), NP

Drucksache:

Entwurf eines Antrages: „Durch Heranführung Nordpelagoniens an die Europäische Union die Stabilität Südosteuropas stärken“

Entwurf eines Antrages des Bundestages an die Bundesregierung auf Initiative von Abgeordneten der GP und der PEV

Der Europäische Rat (also die Versammlung der Staats- und Regierungschefs der EU) steht vor der Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem fiktiven Balkanstaat Nordpelagonien. Die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag bringen einen Antrag auf den Weg, um der Bundesregierung eine bestimmte Verhandlungslinie für die Gespräche in Brüssel zu empfehlen und ihr nach Möglichkeit den Rücken zu stärken.

Beteiligte Ausschüsse:

EU-Ausschuss, Arbeitsausschuss, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Thema:

**Ausweitung des Wahlrechts für Unionsbürger/innen
(Wahlrecht Unionsbürger/innen), WU**

Drucksache:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes: Ausweitung des Wahlrechts für Unionsbürger/innen

Gesetzentwurf des Bundesrates

Alle EU-Bürger/innen haben in allen Mitgliedstaaten das kommunale Wahlrecht, nicht aber das Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene. Um die Partizipation und Integration zu fördern und den europäischen Zusammenhalt zu stärken, schlägt der Bundesrat vor, das Grundgesetz zu ändern. Dieses soll allen EU-Bürger/innen das Recht zur Teilnahme an Bundes- und Landtagswahlen ermöglichen.

Beteiligte Ausschüsse:

Innenausschuss, Rechtsausschuss, Integrationsausschuss

4. Antrag der Bundesregierung auf Ausweitung des Bundeswehreinsatzes im fiktiven westafrikanischen Staat Sahelien im Rahmen der Mission EUMISA der Europäischen Union (Sahelien-Einsatz), SE

Drucksache:

Antrag: „Ausweitung des Bundeswehreinsatzes auf Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Sahelien im Rahmen der Mission EUMISA der Europäischen Union“

Antrag der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag

Die Europäische Union plant die Ausweitung eines gemeinsamen europäischen Einsatzes im westafrikanischen Staat Sahelien, in dem es zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen ist. Die Bundesregierung möchte sich mit 50 Ausbildungsoffizieren der Bundeswehr beteiligen und Transportkapazitäten zur Verfügung stellen. Der Bundestag muss über die Erteilung des Mandats entscheiden.

Beteiligte Ausschüsse:

Auswärtiger Ausschuss, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für humanitäre Hilfe